



NEWSLETTER JULI 2025

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
 liebe Genossinnen und Genossen,

NRW muss funktionieren. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, nehmen viele Menschen in unserem Land nicht mehr so wahr. Marode Straßen und Brücken, Kita- und Unterrichtsausfall, Krisen in der Industrie – die Liste ließe sich noch reichlich ergänzen. In Krisenzeiten braucht es eine Landesregierung, die die Probleme anpackt und Maßnahmen in die Wege leitet, damit die Menschen, Unternehmen und Institutionen sicher durch die Krise kommen.

Das erleben wir bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung leider überhaupt nicht. Hendrik Wüst würde es so formulieren: Die Landesregierung regiert weitgehend geräuschlos. In Wahrheit hat sie jedoch in den allermeisten Bereichen schlicht und ergreifend die Arbeit eingestellt. Und was macht der Ministerpräsident?

Er tut nix. Und genau das ist das Problem: Hendrik Wüst ist der freundliche Herr Tutnix.

Dabei wäre es jetzt an der Zeit, anzupacken, damit NRW wieder funktioniert. Genau das haben wir in den letzten Monaten aufgegriffen. Wir haben unsere Ideen eingebracht, wie man in Nordrhein-Westfalen den Investitionsstau endlich auflöst, wie der Bildungsaufstieg unserer Kinder wieder gelingt, wie man vor Ort in den Stadtteilen – wo die Menschen leben – Zukunft sichert, und wir haben unsere Offensive für mehr Innere Sicherheit vorgestellt. An Ideen mangelt es also nicht. Die darf die Landesregierung auch gerne von uns kopieren. Dafür müsste die schwarz-grüne Landesregierung aber endlich Gestaltungs- und Handlungswillen beweisen.

Den vermissen wir auch beim Thema Thyssenkrupp. Der Stahlriese durchlebt derzeit die schwerste Krise seiner Geschichte. Nach Ansicht von Vorstandschef Miguel López sollen ausgerechnet die Beschäftigten die Fehler der vergangenen Jahre ausbaden.



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:
 Dortmund-Hombruch, Hörde,
 Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
 Brüderweg 10-12
 44135 Dortmund
www.anja-butchkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
 Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butchkau.de

SPD NRW Die Fraktion

THYSSENKRUPP VOR DEM AUS – UND NRW SCHAUT ZU?
 Der traditionsreiche Industriekonzern soll in eine Holding aufgespalten werden. Und die Landesregierung? Hilflös, planlos, passiv. Ministerpräsident Wüst bleibt Zuschauer – statt einzugreifen.

„Es rächt sich, dass Wüst die Entwicklung nur beobachtet hat. Das ist ein Trauerspiel.“
 – Jochen Ott

- > Tausende Arbeitsplätze in NRW sind bedroht.
- > Ein solcher Schlag gegen die Stahlindustrie gefährdet den Industriestandort NRW und jede Ambition einer klimaneutralen Industrie der Zukunft.
- > Eine Zerschlagung des Konzerns trübe das Ruhrgebiet massiv.

Arbeitsplätze retten geht nicht mit Händen in den Taschen.

Wir fordern:

- > Sofortige politische Initiative zur Sicherung der Arbeitsplätze
- > Beteiligung des Landes am Unternehmen prüfen
- > Industriepolitik für NRW – nicht für Investoreninteressen

Der Landtag befasst sich Mittwoch mit den Konsequenzen. Wir kämpfen für die Beschäftigten – nicht für stille Auflösungen.

#NRWSPD #Thyssenkrupp #StahlBleibt #Ruhrgebiet #NRWmussFunktionieren

Ursprünglich standen 11.000 der 27.000 Arbeitsplätze zur Disposition: 6.000 davon sollten ausgelagert, weitere 5.000 komplett gestrichen werden. Das konnten Betriebsrat und IG Metall in den Verhandlungen über einen Sanierungstarifvertrag verhindern. Bis 2030 wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Doch dieser Erfolg hat einen hohen Preis: Die sogenannte „Giftliste“ des Vorstands – wie sie von Betriebsrat und IG Metall genannt wird – wird nahezu vollständig umgesetzt. Dazu gehören der Wegfall tariflicher Sonderzahlungen und des Urlaubsgeldes, die Reduzierung des Weihnachtsgeldes, die Streichung von Urlaubstagen sowie eine Absenkung der Wochenarbeitszeit bei entsprechendem Lohnverzicht. Am Ende bedeutet das für jeden Beschäftigten einen Einkommensverlust von durchschnittlich acht Prozent.

Für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen ist der vorläufige Erhalt der Arbeitsplätze ein wichtiges Signal. Doch welchen Beitrag hat Herr Tutnix dazu geleistet? Keinen! Er tauchte auch hier einfach ab. Kein einziges Wort zu Thyssenkrupp, als Tausende Stahlarbeiter*innen in Dortmund, Duisburg, Bochum oder Kreuztal auf die Straße gingen, um für ihre Existenz zu kämpfen. Herr Tutnix zeigte keinerlei Einsatz für den Erhalt der Arbeitsplätze. So etwas hätte es unter Hannelore Kraft oder Johannes Rau nie gegeben!

Dabei hat das Land Nordrhein-Westfalen eine Verantwortung – für den Erhalt des Industriestandorts mit seinen Arbeitsplätzen und Wertschöpfung ganz weit in die Wirtschaft. Das Land investiert 700 Millionen Euro für die Einführung des grünen, wasserstoffbasierten Stahls bei Thyssenkrupp. Da sollte man doch eigentlich ein Interesse am Erhalt der Arbeitsplätze erwarten dürfen.

Es ist längst fünf vor zwölf! Unsere Fraktion fordert deshalb endlich einen Stahlgipfel.

Nur mit einer aktiven Industriepolitik gibt es eine verlässliche Perspektive für den Stahlstandort NRW, für die Tausenden Beschäftigten und ihre Familien.

Was mich in den letzten Monaten sonst noch bewegt hat, das lesen Sie / lest Ihr, wie immer, im Newsletter. Ich wünsche eine interessante Lektüre.

Ihre/Eure



Den Investitionsstau in NRW endlich auflösen

Der Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen ist unübersehbar: Marode Schulgebäude, überlastete Krankenhäuser, kaputte Brücken, stillstehende Wasserstraßen und verfallende Sportstätten schränken die Lebensqualität der Menschen und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes massiv ein. Jahrzehntelange Unterfinanzierung und eine rigide Schuldenbremse haben diesen Rückstand dramatisch verschärft. Genau deshalb war dies unser Schwerpunktthema im Juni-Plenum des Landtags.

Mit unserem Antrag „NRW muss funktionieren – Investitionsstau in NRW angehen“ haben wir klare Vorschläge gemacht, wie Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig wird. Die geplanten Investitionsmittel des Bundes in Höhe von 500 Milliarden Euro sind eine große Chance – aber sie müssen auch bei uns im Land richtig eingesetzt werden. Wir fordern, dass der NRW-Anteil zügig und unbürokratisch an die Kommunen weitergeleitet wird. Dabei darf es keine aufwändigen Antragsverfahren oder Gegenrechnungen mit bestehenden Landesverpflichtungen geben – die Mittel müssen echt zusätzlich sein.

Doch allein mit Bundesgeld ist es nicht getan. Wir brauchen auch ein eigenes Sofortprogramm des Landes: 15 Milliarden Euro für Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Verkehr, Sportstätten und Klimaschutz – für funktionierende Infrastruktur, die unser Land zukunftsfähig macht. Gleichzeitig fordern wir, den kommunalen Anteil an den Verbundsteuern schrittweise auf 25 Prozent zu erhöhen. Denn nur wenn die Städte und Gemeinden finanziell handlungsfähig sind, können sie selbst entscheiden, wo dringend investiert werden muss.

Auch Transparenz ist zentral: Ein jährlich aktualisierter Infrastrukturbericht – wie ihn Schleswig-Holstein bereits eingeführt hat – soll künftig den Zustand öffentlicher Gebäude und Anlagen systematisch erfassen. Wir brauchen Klarheit darüber, wo es hakt und wie groß der tatsächliche Investitionsbedarf ist.



»

NRW steht vor einem gewaltigen Investitionsstau.

Über **50 Milliarden** Euro allein bei den Kommunen. Straßen zerfallen, Schulen sind sanierungsbedürftig, Schwimmbäder werden geschlossen.

Und die Schuldenbremse hat alles nur verschärft.



Wir wollen das angehen. Und zwar jetzt und so:

- ✓ **15-Milliarden-Euro-Sofortprogramm**
- ✓ **Investitionsfonds für unsere Kommunen**
- ✓ **Sanierungs- und Investitionsprogramme für Krankenhäuser und Sportstätten**
- ✓ **Attraktiver Öffentlicher Dienst für mehr Personal**

NRW darf nicht weiter im Rückstand bleiben.

Wir brauchen funktionierende Kommunen.

Wir brauchen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Zukunft.

»

Wir haben den Plan. Jetzt muss die Landesregierung liefern.

Ein besonders dramatisches Beispiel für den Investitionsrückstand ist der Zustand unserer Krankenhäuser. Der Bedarf liegt bei über 17 Milliarden Euro – die Landesregierung plant mit gerade einmal 2,5 Milliarden. Wir fordern ein Sofortprogramm mit jährlich zwei Milliarden Euro für dringend notwendige Investitionen in moderne Stationen, OP-Säle und Technik. Zusätzlich wollen wir zehn Millionen Euro jährlich in die Pflegeschulen stecken, um diese zu modernisieren und wieder attraktiv zu machen.

Auch unsere Wasserstraßen dürfen nicht länger vernachlässigt werden. Der Rhein ist eine der wichtigsten Verkehrsachsen Europas – sein Zustand ist aber besorgniserregend. Schleusen, Kanäle und Verbindungen müssen instandgesetzt werden, damit der wirtschaftliche Schaden nicht noch größer wird.

In vielen Städten fehlen zudem funktionierende Sportstätten. Sporthallen, Schwimmbäder oder Vereinszentren sind oft in so schlechtem Zustand, dass Angebote wegfallen. Wir fordern daher, das ausgelaufene Programm „Moderne Sportstätten“ mit mindestens 300 Millionen Euro neu aufzulegen – auch für kommunale Einrichtungen.

Besonders deutlich zeigt sich die Ungleichverteilung bei Investitionen im Ruhrgebiet. Dort drohen ausbleibende Investitionen die wirtschaftliche Entwicklung auszubremsen – mit massiven Folgen für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Deshalb muss bei der Mittelverteilung Schluss mit dem Gießkannenprinzip sein. Stattdessen braucht es eine klare, bedarfsgerechte Prioritätensetzung – das Ruhrgebiet darf nicht weiter vernachlässigt werden.

- Antrag „NRW muss funktionieren – Investitionsstau in NRW angehen“: [t1p.de/2pwcv](https://www.t1p.de/2pwcv)
- Antrag „NRW muss funktionieren. Investitionen in beste Gesundheit. Krankenhäuser, Pflegegeschulen und Pflegeheime fit für die Zukunft machen!“: [t1p.de/4xqt2](https://www.t1p.de/4xqt2)
- Antrag „NRW muss funktionieren. Funktionierende Wasserstraßen statt Stillstand – Erhalt der Logistik für die Zukunft des Industriestandorts NRW sichern!“: [t1p.de/hdvjb](https://www.t1p.de/hdvjb)
- Antrag „NRW muss funktionieren. Sanierungsstau bei Sportstätten beseitigen und die Zukunft unserer Sportanlagen sichern“: [t1p.de/z7koi](https://www.t1p.de/z7koi)
- Antrag „NRW muss funktionieren. Mit dem Sondervermögen Infrastruktur echte Wachstumsimpulse im Ruhrgebiet für ganz Nordrhein-Westfalen setzen“: [t1p.de/hzwvvu](https://www.t1p.de/hzwvvu)

Damit der Bildungsaufstieg unserer Kinder wieder gelingt

Wir wollen, dass jedes Kind in Nordrhein-Westfalen faire Chancen erhält – unabhängig von Herkunft oder Wohnort. Doch noch immer hängen Bildungschancen stark vom Geldbeutel der Eltern und der Finanzkraft der Kommune ab. Die schwarz-grüne Landesregierung lässt zu, dass Kita-Ausbau und Unterrichtsversorgung immer weiter hinter dem Bedarf zurückbleiben.

Aktuell fehlen über 90.000 U3-Plätze – und das Angebot schrumpft weiter. Auch im Ü3-Bereich verschärft sich die Lage. Allein im kommenden Kita-Jahr gehen mehr als 5.000 Plätze verloren. Gleichzeitig fehlen tausende Fachkräfte: Rund 20.000 werden in Kitas bis 2030 gebraucht, und



Kita-Krise verschärft sich – und die Landesregierung schaut zu:

- » Zum ersten Mal seit Einführung des Rechtsanspruchs auf U3-Betreuung sinkt die Zahl der Kita-Plätze in NRW.
- » Mehr als 110.000 Kita-Plätze fehlen, so die Bertelsmann-Stiftung.
- » Viele Familien stehen vor verschlossenen Türen – für die Kinder kein guter Start ins Leben.



schon jetzt sind etwa 8.000 Lehrer*innenstellen unbesetzt. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 ist damit massiv gefährdet. Wenn Bildungseinrichtungen fehlen oder nicht verlässlich betrieben werden können, schränkt das nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein – es gefährdet auch die Chancengleichheit der Kinder. Denn Bildung kann nur wirken, wenn sie zu-

gänglich ist. Doch viele Familien können sich Kita- oder OGS-Gebühren kaum leisten. Das darf kein Hinderungsgrund sein. Und deshalb haben wir das Thema Bildungschancen in der Juli-Plenarwoche des Landtags zum Schwerpunktthema gemacht.

Wir fordern: Kita- und OGS-Gebühren müssen abgeschafft werden. Bildungseinrichtungen müssen kostenfrei und für alle gleichermaßen zugänglich sein. Darüber hinaus brauchen die Kommunen kurzfristig 100 Mio. Euro zur Sicherung des OGS-Ausbaus. Auch Mietkostenzuschüsse für Kitas müssen gesetzlich geregelt werden.

Die Bekämpfung von Kinderarmut ist dabei zentral. Jedes vierte Kind lebt in Armut – rund eine Million junge Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen wäre ein wichtiger Schritt, um Bildungsgerechtigkeit und soziale Teilhabe zu stärken. Symbolpolitik hilft nicht – es braucht konkrete Maßnahmen, die im Alltag der Kinder ankommen. Auch die Bildungsinfrastruktur muss dringend gestärkt werden: Marode Gebäude, fehlende Räume und veraltete Ausstattung gefährden gute Bildung. Wir fordern einen Investitions- und Ausbaufonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für Kitas und Schulen.

An Förderschulen mit gebundenem Ganztagsunterricht bricht das System teils bereits weg – wegen akuten Fachkräftemangels. Wir fordern eine ehrliche Bestandsaufnahme und den zügigen Ausbau der Ausbildungskapazitäten für Sonderpädagog*innen.

Beim Kinderschutz sehen wir große Lücken: Das Land Nordrhein-Westfalen hat weder ein Lagebild zur (sexualisierten) Gewalt gegen Kinder noch verlässliche Daten zur Prävention. Wir fordern ein umfassendes Forschungsprojekt, das auch Täterstrategien und geschlechtsspezifische Muster beleuchtet. Schutz darf kein Zufall sein.

Fazit: Gute Bildung, starke Betreuung und wirksamer Kinderschutz dürfen keine Glückssache sein – sie sind zentrale Aufgaben des Landes. Wir handeln, damit Nordrhein-Westfalen wieder funktioniert!

- Antrag „NRW muss funktionieren – Das Land muss endlich wieder Verantwortung übernehmen, damit der Bildungsaufstieg für unsere Kinder wieder gelingen kann“: t1p.de/0jxwi
- Antrag „NRW muss funktionieren. Kita- und OGS-Plätze ausbauen, marode Gebäude sanieren – NRW braucht einen Investitions- und Ausbaufonds für Kitas und Schulen“: t1p.de/r7y1l
- Antrag „NRW muss funktionieren. Schluss mit leeren Versprechungen und leeren Mägen – Kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen“: t1p.de/pw93s

**Wir fordern:
Investieren statt verträsten!**

**3,5
Mrd. Euro**

Für ein Investitionsfonds, um:

- » Kita- und OGS-Plätze auszubauen
- » marode Gebäude zu sanieren
- » Ausstattung zu verbessern

Was jetzt zählt...

- ✓ **Frühkindliche Bildung sichern:** Dafür fordern wir 3,5 Mio. € für Neubau, Sanierung und Ausstattung
- ✓ **Marode Gebäude sanieren:** 10 Mrd. € Investitionsstau an Schulen in NRW
- ✓ **Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken:** Es fehlen 110.000 Kitaplätze, 200.000 OGS-Plätze sind bis 2026 nötig

NRW braucht Verlässlichkeit statt Verfall.

Gleiche Chancen für alle Kinder – unabhängig vom Wohnort oder Geldbeutel der Kommune.

SPD NRW Die Fraktion

- Antrag „NRW muss funktionieren! Verlässlichen Ganztags an Förderschulen sicherstellen. Mehr Fachkräfte für Bildung, Betreuung und Teilhabe an Schulen mit Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ und „Körperlich-motorische Entwicklung““: t1p.de/tjw6r
- Antrag „NRW muss funktionieren. Tabus und blinde Flecken beim Kinderschutz. Nordrhein-Westfalen braucht ein Lagebild „(Sexualisierte) Gewalt und Prävention““: t1p.de/q3yh6

Antisemitismus an Schulen bekämpfen

Antisemitismus darf an unseren Schulen keinen Platz haben – weder offen noch versteckt. In einem gemeinsamen Antrag mit CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP forderten wir deshalb verstärkte Maßnahmen gegen Judenhass im schulischen Umfeld. Schulen müssen sichere Orte für alle sein – besonders für jüdische Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. Wir wollen Lehrkräfte gezielt durch Fortbildung, Aufklärung und konkrete Handlungsempfehlungen unterstützen. Gedenkstättenfahrten, Programme wie „Meet a Jew“ und Schulpartnerschaften mit Israel sollen ausgebaut werden. Außerdem setzen wir uns für die stärkere Sichtbarkeit jüdischen Lebens im Unterricht und im Schulalltag ein. Antisemitismus hat viele Gesichter – deshalb müssen alle Erscheinungsformen erkannt und thematisiert werden. Prävention und klare Konsequenzen gehören dabei zusammen. Ziel ist eine Schulkultur, die wachsam ist, Verantwortung übernimmt und Haltung zeigt. Dafür braucht es politische Rückendeckung, klare Regeln – und ein klares Nein zu jeder Form von Judenhass.

NRW wird immer heißer und die Landesregierung immer leiser

Ende Juni haben wir bereits hautnah gespürt: Nordrhein-Westfalen steuert auf einen weiteren Hitzesommer zu – doch die schwarz-grüne Landesregierung bleibt untätig. Seit Monaten liegt im Landtag ein umfassender Antrag der SPD-Fraktion für besseren Hitzeschutz vor, doch konkrete Maßnahmen lassen auf sich warten. Dabei ist klar: Besonders gefährdete Gruppen wie Kinder, ältere Menschen oder Obdachlose brauchen Schutz. Wir fordern ein landesweites Hitzeschutzkonzept mit Warnsystemen, Trinkwasserspendern, Hitzeschutzräumen und Aufklärungskampagnen. Die Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden – sie brauchen finanzielle und organisatorische Unterstützung vom Land. Investitionen in Hitzeschutz sind Investitionen in unsere Gesundheit, denn auch das haben wir in den letzten Monaten erlebt: Je heißer es draußen ist, desto höher ist das Risiko von Kreislaufversagen, Nierenversagen und Herzinfarkten.

Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es später umso teurer – für die Menschen und für das Gesundheitssystem. Während die Temperaturen steigen, darf die Landesregierung nicht weiter abtauchen.

- Antrag „Hitzeschutz für gefährdete Bevölkerungsgruppen stärken – Kommunale Maßnahmen gezielt fördern, Pilotprojekte initiieren“: t1p.de/me5zh



Offensive für mehr Innere Sicherheit

Die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen nimmt weiter zu – von Messerangriffen bis Cyberkriminalität. Innenminister Reul verweist auf fehlendes Geld oder mangelnde Mehrheiten, doch das reicht uns nicht. Im Rahmen unserer Offensive für mehr Innere Sicherheit brachten wir eine Reihe von Anträgen in das März-Plenum des Landtags ein.

Unser erster Antrag forderte, den Handlungsbedarf bei der inneren Sicherheit nicht länger zu ignorieren. Wir schlagen mehr Polizeipräsenz vor Ort und regelmäßige Sicherheitsberichte vor. Außerdem wollen wir auf Bundesebene eine Speicherung von IP-Adressen durch Telekommunikationsunternehmen im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ermöglichen.

In den weiteren Anträgen forderten wir ein „Online-Kommissariat“ für Kinder und Jugendliche, das Hilfe bei Cybermobbing und Online-Straftaten bietet. Angesichts steigender Fälle häuslicher Gewalt fordern wir die sofortige Umsetzung des neuen Gewalthilfegesetzes in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung darf mit dem Ausbau der Frauenhäuser nicht bis 2032, wenn der Rechtsanspruch in Kraft tritt, warten.

Auch die Justiz ist unterbesetzt – wir fordern mehr Personal und Ausbildungsplätze. Mit 255.000 offenen Verfahren ist der Handlungsdruck enorm. Sozialkürzungen gefährden die Resozialisierung – wir wollen diese rückgängig machen. Gut resozialisierte Straftäter bedeuten mehr Sicherheit für alle. Dunkle Orte fördern Angst und Kriminalität – mit unserem Antrag „Es werde Licht“ fordern wir ein Sonderprogramm für sichere öffentliche Räume. Mehr dazu im nächsten Artikel.



- Antrag „NRW muss funktionieren. Handlungsbedarf bei der inneren Sicherheit darf nicht ignoriert werden“: t1p.de/dhtws
- Antrag „NRW muss funktionieren. Mehr Schutz und Sicherheit im Cyberraum – Nordrhein-Westfalen braucht ein „Online-Kommissariat“ für Kinder und Jugendliche“: t1p.de/6rbbj
- Antrag „Unsicher im eigenen Zuhause – Zunahme von Häuslicher Gewalt in Nordrhein-Westfalen durch zügige Umsetzung des Gewalthilfegesetzes entschlossen bekämpfen“: t1p.de/1ymqp
- Antrag „NRW muss funktionieren! Bei mehr Kriminalität braucht es mehr Justiz. Für ein starkes Land mit starker Justiz für mehr Gerechtigkeit!“: t1p.de/11tqy
- Antrag „NRW muss funktionieren! Mehr Resozialisierung für mehr Sicherheit“: t1p.de/14qoy

Mehr Licht, mehr Sicherheit – 1.000 helle Orte für NRW

Jede Frau kennt das beklemmende Gefühl, wenn sie im Dunkeln allein durch eine einsame Straße oder eine verwinkelte Tiefgarage geht. Solche sogenannten Angsträume finden sich überall: schlecht beleuchtete Parks, dunkle Unterführungen, leere Plätze oder vermüllte Ecken. Orte, an denen sich Menschen – insbesondere Frauen – unsicher fühlen, obwohl sie sich dort eigentlich frei und geschützt bewegen sollten.

Wir wollen das ändern. Denn Sicherheit darf nicht an der Haustür enden. Deshalb haben wir in der Plenarsitzung Ende März ein Sonderprogramm „1.000 helle Orte“ gefordert, um Städte und

Gemeinden gezielt bei der Beseitigung dunkler, unübersichtlicher Orte zu unterstützen. Durch bessere Beleuchtung, städtebauliche Umgestaltung und mehr soziale Kontrolle soll das Sicherheitsempfinden spürbar gestärkt werden.



Gerade vor dem Hintergrund steigender Gewaltkriminalität und des wachsenden Unsicherheitsgefühls in der Bevölkerung ist Handeln gefragt. Studien belegen: Jede zweite Frau meidet bestimmte Orte am Abend oder nimmt Umwege in Kauf. Das ist ein untragbarer Zustand – für eine gleichberechtigte Gesellschaft, in der sich alle Menschen sicher fühlen sollen.

Mit dem Programm wollen wir nicht nur Licht ins Dunkel bringen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger einbinden: Ein landesweiter, zentraler Online-Mängelmelder soll es künftig ermöglichen, Angsträume schnell und einfach zu melden. So können Kommunen gezielt reagieren. Vorbild ist das erfolgreiche Modell aus Hessen.

Sicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität – in jedem Stadtteil, jedem Quartier und jeder Nachbarschaft. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort wollen wir ihre Umgebung sicherer und lebenswerter gestalten. Denn jede Frau, jeder Mensch hat das Recht, sich im öffentlichen Raum frei und ohne Angst zu bewegen.

Auch in Dortmund haben wir das Thema Angsträume aufgegriffen. Unter dem Titel „Safe City! Wie nehmen Frauen die Stadtplanung im Quartier wahr“ gingen unsere beiden Hombrucher Ratskandidatinnen Marthe Pflüger, Eva Bielecki und ich auf einen „Walk and Talk“ durch Barop, um Angsträume zu identifizieren und uns für deren Beseitigung einzusetzen.

- *Meine Plenarrede im Landtag: youtu.be/cyfnwmJiGbc*
- *Antrag „NRW muss funktionieren. Es werde Licht – Angsträume beseitigen! Nordrhein-Westfalen braucht ein Sonderprogramm zur Bekämpfung dunkler Orte“: t1p.de/4ktba*

Vor Ort die Zukunft sichern

Im Mai-Plenum haben wir uns mit den Herausforderungen beschäftigt, die den Alltag der Menschen in unseren Städten und Gemeinden unmittelbar betreffen. Wir wollen, dass Gesundheit, Wohnen, Mobilität und Klimaschutz dort ansetzen, wo Menschen leben – konkret, sozial gerecht und zukunftsorientiert.

Ein zentrales Thema ist der Wohnungsbau: Mit einem revolvierenden Bodenfonds und einer Landeswohnungsbaugesellschaft wollen wir die Kommunen befähigen, wieder bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – vor allem dort, wo sie es aus eigener Kraft nicht können. Denn das eigene Zuhause ist die Grundlage für Teilhabe und Lebensqualität.

SPD NRW
Die Fraktion

»» **Wohnung gesucht?**

Am besten mit Glück, Beziehungen und **doppeltem Einkommen**. Während Mieten explodieren, verliert NRW jedes Jahr tausende Sozialwohnungen. Wir sagen: Schluss damit – und haben einen Plan.

»» **Wohnen darf kein Luxus sein sondern ist ein Menschenrecht.**

Aber in NRW fehlt bezahlbarer Wohnraum – und die Landesregierung sieht weiter zu, wie der Bestand an Sozialwohnungen zurückgeht.

Die Folge:

Wer eine Wohnung sucht, konkurriert nicht nur mit vielen anderen, sondern auch mit immer höheren Preisen. Das trifft vor allem Familien, Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen, Alleinerziehende – und längst auch die Mitte.

Angesichts immer heißerer Sommer fordern wir ein modernes Klimaanpassungsgesetz. Gerade Menschen mit wenig Einkommen, die in verdichteten Stadtteilen wohnen, sind von Hitze besonders betroffen. Die Landesregierung muss endlich handeln, statt weiter zu vertrösten.

Auch die Wärmewende muss sozial ausgestaltet sein: Niemand darf durch steigende Heizkosten aus dem gewohnten Wohnumfeld gedrängt werden. Mieter*innen müssen bei der Wärmewende mitgedacht und beteiligt werden – auch an möglichen finanziellen Gewinnen aus der Energiewende.

In der Gesundheitsversorgung droht vielen Regionen der Stillstand: Hausärzte gehen in Rente, Apotheken schließen, Pflegeeinrichtungen geraten in Schieflage. Wir wollen mit Investitionen in Medizinische Versorgungszentren (MVZ) und wohnortnahe Strukturen gegensteuern – damit alle Menschen in Nordrhein-Westfalen verlässlich versorgt werden können.

Im Bereich Mobilität setzen wir auf Wahlfreiheit: Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Auto oder mit Bus und Bahn – Mobilität muss für alle möglich und bezahlbar sein. Deshalb fordern wir einen Ausbau der Angebote vor Ort und ein kostenloses Deutschlandticket zunächst für Kinder unter 14, später für alle unter 18 Jahren.

Und: Zukunft darf nicht ohne die Mitbestimmung derjenigen gedacht werden, die am längsten mit ihr leben müssen – den Kindern und Jugendlichen. Wir wollen ihre Beteiligung in allen Planungsverfahren zur Pflicht machen und fordern endlich Fortschritte bei einem verbindlichen Kinder- und Jugendcheck für neue Gesetze.

- Antrag „NRW muss funktionieren. Die Landesregierung muss endlich alle Potentiale für mehr Wohnungsbau heben – Ein revolvierender Bodenfonds und eine Landeswohnungsbau-gesellschaft sind unerlässlich“: t1p.de/gghok
- Antrag „NRW muss funktionieren. Wenn der Asphalt brennt – Neues Klimaanpassungsgesetz muss die Schwächsten schützen“: t1p.de/re4s0

- Antrag „NRW muss funktionieren. mit sozialer Sicherheit die Wärmewende in Deinem Viertel auf Augenhöhe gestalten!“: t1p.de/krdbk
- Antrag „NRW muss funktionieren. Gesundheit vor Ort. Erreichbare Versorgung, wenn sie gebraucht wird“: t1p.de/vlod6
- Antrag „NRW muss funktionieren. Mobilität vor Ort sicherstellen“: t1p.de/m6s91
- Antrag „NRW muss funktionieren. Ohne Bus nix los – ohne Ticket keine Schule? Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen stärken“: t1p.de/qjakz
- Antrag „NRW muss funktionieren – Gebt den Kindern das Kommando – denn sie wissen sehr wohl, was sie tun. Stadtentwicklung gehört auch in Kinderhände“: t1p.de/uv3vq

Gehörlosengeld: Zeit für Gerechtigkeit, nicht Almosen

Seit über 25 Jahren kämpfen gehörlose Menschen in Nordrhein-Westfalen für Gleichberechtigung – doch noch immer bleiben ihre Bedürfnisse weitgehend unbeachtet. Das Gehörlosengeld, das die Teilhabe von gehörlosen Menschen ermöglichen soll, beträgt seit 1998 unverändert 77 Euro im Monat. Damit lassen sich heute weder Gebärdensprachdolmetscher noch echte Teilhabe finanzieren. Während die Lebenshaltungskosten rasant gestiegen sind, verweigert die Landesregierung eine Anpassung des Betrags an die Preisentwicklung. Andere Bundesländer zeigen längst, wie es besser geht: Berlin zahlt 176 Euro, Nordrhein-Westfalen bleibt Schlusslicht.

Am 10. Mai demonstrierten deshalb über 1.200 Menschen vor dem Landtag, ohne dass jemand aus der Regierungskoalition zuhörte. Die SPD war da und hat zugehört. Wir fordern: eine sofortige Erhöhung des Gehörlosengeldes, einen Inflationsausgleich und echte Mitsprache der Gehörlosengemeinschaft. Das ist keine Frage des Geldes – sondern des politischen Willens. Denn Gehörlosengeld ist keine Wohltat. Es ist ein Mittel, um die Teilhabe von Menschen mit einer Hörbehinderung zu ermöglichen. Es ist eine Voraussetzung für gelingende Inklusion, die wiederum ein Menschenrecht ist.

Wir wollen, dass gehörlose Menschen auf Augenhöhe mit der Politik diskutieren können. Deshalb setzen wir uns mit einer Anhörung für eine Beteiligung der Gehörlosenverbände ein – damit ihre Stimmen im Parlament gehört werden.



- Antrag „Mehr Teilhabe ermöglichen. Gehörlosengeld endlich erhöhen!“: t1p.de/mej1v
- Meine Plenarrede im Landtag: youtu.be/IZ8MUbaeMbQ

Gleichstellung im Erwerbsleben: Warme Worte und kaum Taten

Die feministische Kampfwoche rund um den Equal Pay Day und den Weltfrauentag ist jedes Jahr stets ein Höhepunkt für alle Gleichstellungspolitiker*innen und -aktivist*innen. Oft wird sie dann zum Anlass genommen, um auch im Landtag passende Anträge einzubringen, die eine bessere Gleichstellung von Frauen und Männern fordern. So auch am Weltfrauentag vor zwei Jahren, als die Regierungsfraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen der Gleichstellungsministerin mehrere Arbeitsaufträge gegeben haben, um die Gleichstellung im Erwerbsleben zu verbessern. Im Grunde war dies aber auch nur eine Rezitation des eigenen Koalitionsvertrags.

Nun, nach zwei Jahren, wollte ich wissen, welche Forderungspunkte von CDU und Grünen noch offen sind. Viel hat man in den zwei Jahren nicht mitbekommen. Deshalb habe ich zu jedem einzelnen Forderungspunkt eine eigene Kleine Anfrage gestellt. Die Antworten der Landesregierung waren sehr ernüchternd: ein Landesantidiskriminierungsgesetz und eine Antidiskriminierungsstelle gibt es nicht.

Das Landesgleichstellungsgesetz – die Landesregierung wollte beispielsweise die paritätische Besetzung landeseigener Vorstände und Gremien einführen – wurde auch noch nicht weiterentwickelt. Projekte zur Beseitigung ungewollter Teilzeit und Arbeitslosigkeit überlässt man lieber den Jobcentern und Arbeitsagenturen und verweist lediglich auf die bereits 2012 von SPD und Grünen eingeführten Kompetenzzentren Frau und Beruf und ein kleines Mentoringprojekt für Frauen mit Migrations- oder Fluchterfahrung, das seit 2023 vom Land gefördert wird. Immerhin: Der im Koalitionsvertrag angekündigte Lohnatlas wurde erfolgreich eingeführt. Wir wissen jetzt, in welchen Regionen und Branchen der Equal Pay Gap besonders hoch ist. Was wir aber leider nicht wissen: Was macht die Landesregierung nun mit diesen Erkenntnissen, um Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Frauen und Männern zu beseitigen.

Man merkt also immer mehr, dass die Gleichstellung der Geschlechter keinen hohen Stellenwert in der Landesregierung hat. Gleichstellungsministerin Josefine Paul (Grüne) hinkt ihren eigenen Ansprüchen weit hinterher.

- Zu den Antworten der Landesregierung auf meine Kleinen Anfragen: t1p.de/bnokm

Gewalt gegen Frauen: Frauenpolitische Sprecherin auf Sommertour

Den Juli habe ich genutzt, um als frauenpolitische Sprecherin mehrere Termine in ganz Nordrhein-Westfalen wahrzunehmen. Das Anfang des Jahres beschlossene Gewalthilfegesetz war ein Meilenstein der Gleichstellungspolitik und wird langfristig die Situation vieler von häuslicher Gewalt betroffener Frauen und ihrer Kinder verbessern.

Darüber sprach ich auch bei einer Veranstaltung der SPD Frauen in Gütersloh, wo ich einen Vortrag über den neuen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt hielt – ein Anspruch, der (leider erst) ab 2032 in Kraft tritt. Thema war dort auch, welche Herausforderungen Nordrhein-Westfalen bis dahin noch lösen muss – und zwar deutlich schneller, als es die Landesregierung derzeit tut.



Gemeinsam mit dem örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten Sven Wolf besuchte ich das Frauenhaus des SkF Bergisches Land in Remscheid, wenige Tage zuvor das neue Frauenhaus der AWO Gelsenkirchen/Bottrop in Gelsenkirchen. Dort erfuhr ich viel über die tägliche Arbeit in den Einrichtungen, die prekäre Finanzierungssituation und die viel zu hohe Auslastung dieser wichtigen Schutzräume.



Abschließend besuchte ich gemeinsam mit meiner Dortmunder Kollegin Nadja Lüders die Dortmunder Miternachtsmission. Hier stand nicht das Gewalthilfegesetz, sondern die Evaluation des vor acht Jahren in Kraft getretenen Prostituiertenschutzgesetzes im Mittelpunkt – ein Gesetz, das Frauen und Männer in der Sexarbeit vor Ausbeutung, Menschenhandel und gesundheitlichen Risiken schützen soll. Im Gespräch stellten wir einhellig fest: Das Gesetz muss in einigen Punkten überarbeitet und ergänzt werden – um Frauen besser zu schützen, ohne sie zugleich zu diskriminieren.

Bahnhof Hörde soll saniert werden

Der Bahnhof Hörde ist immer wieder Gesprächsthema im Stadtteil – leider oft im negativen Sinne. Viele Menschen empfinden den Ort als unangenehm, für manche ist er sogar ein Angst- raum. Besonders der Zustand des Personentunnels trägt zu diesem Eindruck bei: Eindringendes Wasser hat jede Form der künstlerischen Gestaltung, etwa Wandmalereien, innerhalb kürzester Zeit zerstört. Inzwischen ähnelt der Tunnel sogar einer Tropfsteinhöhle – mit Stalaktiten, die von der Decke wachsen.

Doch es gibt endlich positive Neuigkeiten: Im Gespräch mit Werner Lübberink, dem NRW-Bevollmächtigten der Deutschen Bahn, wurde mir zugesichert, dass der Tunnel saniert wird. Künftig soll kein Regenwasser mehr eindringen – ein bedeutender Schritt. Diese Maßnahme haben meine Vorgänger, die SPD Hörde und ich selbst seit über 15 Jahren immer wieder gefordert.



Tour führt mich zu den Sportvereinen in Hombruch

Der Kontakt zu den Menschen in meinem Wahlkreis ist mir wichtig. Genau deshalb bin ich in den letzten beiden Jahren auf Kleingartentour gegangen. Im vergangenen Jahr startete dann parallel meine Vereinstour durch den Stadtbezirk Lütgendortmund. In diesem Jahr setze ich diese im Stadtbezirk Hombruch fort.

Seitdem habe ich den TuS Westfalia Hombruch 1891, den Rad- und Motorclub „Sturm“ Hombruch 1925, den TuS Kruckel 1910, den Menglinghauser SV, den DLRG-Ortsverband Hombruch und Kultur Aktiv besucht. Zwei Themen kamen in fast jedem Verein zur Sprache: Wie können wir mehr Menschen für ein Ehrenamt im Verein gewinnen – und gleichzeitig das Ehrenamt von unnötiger Bürokratie entlasten? Und natürlich der große Nachholbedarf bei der Sanierung von Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmbädern. Viele Anregungen habe ich mitgenommen – und die Erkenntnis, dass die Fortsetzung des Landesprogramms „Moderne Sportstätten“, das wir als SPD-Fraktion wiederholt eingefordert haben, dringend notwendig ist.



Die neue Bürgersprechstunde

Das Ergebnis der Bundestagswahl war ernüchternd. Gerade in unseren früheren Hochburgen hat die SPD stark Federn gelassen und oft gewann die AfD hier umso mehr an Stimmenanteile hinzu. Diese Entwicklung bestätigt, dass die SPD ein Vertrauensproblem hat, gegen das wir ansteuern müssen.

Statt der immer gleichen Infostände an den gleichen Orten mit den immer gleichen Menschen, die dort vorbeikommen, möchte ich einen neuen Weg gehen. Ich möchte dorthin, wo unsere Zielgruppe – gerade die, die das Vertrauen in die Politik der SPD verloren haben – lebt. Deshalb habe ich das neue Format „Bürgersprechstunde vor Ort“ ins Leben gerufen. Mit den örtlichen Ortsvereinen und Mandatsträgern laden wir in einer Nachbarschaft zu einer Bürgersprechstunde im Viertel ein. Die Aktion wird mit einem Flyer in den Briefkästen vor Ort beworben. Während ein Teil der Helfer*innen am Infostand bleibt, ziehe ich mit dem/der örtlichen Ratsvertreter*in von Tür zu Tür, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Mit unserer Bürgersprechstunde waren wir bereits an der Langen Hecke im Hörder Norden, am Heideweg in Holzen, an der Flaspöete in Lütgendortmund, an der Neptunstraße in Bövinghausen

und im Echeloh in Kley vor Ort. Sie verliefen sehr vielversprechend und ermöglichten neue Kontakte, die wir an einem klassischen Infostand nicht gehabt hätten. Das Format möchte ich daher bis zur Landtagswahl 2027 regelmäßig fortsetzen.



Spielplatztour macht Station im Park der Generationen

In den Sommerferien machte die Spielplatztour der NRWSPD Station in Lütgendortmund. Gemeinsam mit dem SPD-Stadtbezirk Lütgendortmund/Marten und den örtlichen Kandidat*innen für den Rat und die Bezirksvertretung organisierten wir im Park der Generationen ein Spielplatzfest mit verschiedenen Spielangeboten, Kaffee, Kuchen, Waffeln und ganz viel Wassereis. Vor allem aber mit vielen strahlenden Kinder- (und Eltern-)Augen.



Kein Platz für Rassismus

Es ist wichtig, dass wir wieder mit den Menschen ins Gespräch kommen. Eine Holzbank zieht deshalb seit einigen Wochen durch die Dortmunder Stadtteile und lädt alle Menschen ein, sich zu einem offenen Gespräch mit mir und Vertreter*innen der AWO dazuzusetzen.

Es geht dabei um Rassismus im Alltag, über Sorgen, Wünsche, Ängste und Hoffnungen. Wir wollen wissen, wieso die Menschen die AfD wählen und mit ihnen überlegen, was wir gemeinsam für eine Gesellschaft tun können, in der nicht Rassismus, sondern Menschlichkeit einen Platz findet. Auftakt war bei mir in meinem Wahlkreis - auf dem Martener Wochenmarkt. Seitdem hat die Bank, die keinen Platz für Rassismus hat, schon in vielen Dortmunder Stadtteilen und Unternehmen Station gemacht.



Ewig kann's nicht Winter sein

Bei Gesprächen mit Besuchergruppen werde ich häufig gefragt, wie ich in die Politik kam. Dann erzähle ich gerne, dass meine politische Sozialisation bereits in meiner Jugend begann, als ich einen sehr engagierten Deutschlehrer hatte, der uns immer wieder ermahnte, welche Verantwortung jeder von uns hat – gerade, wenn es darum geht, eine Wiederholung der Verbrechen von Nationalsozialismus und Faschismus zu verhindern. Zu Reinhard Junge – so hieß er – habe ich heute noch ein enges Verhältnis.

Was ich damals nicht wusste: Sein Vater Heinz Junge, der zeitlebens in der Dortmunder Erinnerungsarbeit an den Holocaust aktiv war, beteiligte sich in der Nazi-Zeit im Widerstand und überlebte nur knapp die Haft im Konzentrationslager.



Nun hat Reinhard Junge, der ebenfalls vielen als Autor von Kriminalromanen bekannt ist, ein Buch über die Erzählungen seines Vaters über sein Leben im Widerstand und die schrecklichen Erlebnisse im Konzentrationslager geschrieben. In Zeiten, in denen die Rechte immer stärker wird, soll das Buch mahnen.

Mit Reinhard und dem Werkstattrat habe ich nun eine Lesung in den Werkstätten der AWO Dortmund (WAD) organisiert. Die Mitarbeiter*innen von WAD

und dobeq hatten die Gelegenheit, die Geschichte von Heinz Junge kennenzulernen. Denn leider gibt es auch in den Werkstätten immer mehr Mitarbeiter*innen, die für die Parolen der AfD empfänglich sind. Die Bedingungen in der Eingliederungshilfe sind leider nicht so optimal, wie ich es mir wünschen würde. Auch hier erleben wir bei vielen Frust und Enttäuschung. Deshalb war mir die Veranstaltung wichtig.

Lesung mit Sally Lisa Starken im Pulsschlag

„Warum Menschen die AfD wählen“ – dieser Frage geht die Journalistin, Autorin und Podcasterin Sally Lisa Starken in ihrem Buch „Zu Besuch am rechten Rand“ nach. Veranstaltet wurde die Lesung von der Migrationsagentur der AWO Dortmund. Und weil mir das Thema, wie Ihr wisst, besonders wichtig ist, war es für mich selbstverständlich, dass ich die Veranstaltung nicht nur besuche, sondern auch ein Grußwort an die Gäste im Publikum halte. Und die kamen trotz sommerlicher Temperaturen zahlreich ins Dorstfelder Bürgerhaus Pulsschlag.

Im Saal wurde es nicht nur wegen der Hitze spannend: Sally Lisa Starken machte deutlich, dass Rechtsextremismus kein reines „Ost-Problem“ mehr ist. Besonders eindrucksvoll war die Geschichte von Lea, die Sally vorlas – sie zeigte, wie normal rechtes Gedankengut inzwischen in Teilen der Gesellschaft geworden ist.



Nach der Lesung blieb es nicht bei stiller Betroffenheit. Es wurde diskutiert, nachgefragt und erklärt – das Publikum beteiligte sich rege. Ein besonderer Gewinn war außerdem der Beitrag von Professor Dierk Borstel von der Fachhochschule Dortmund, der seine Einschätzungen und Forschungsergebnisse mit allen teilte.

Lütgendortmund verliert einen echten Lütgenbömmler

Als Ende März die Drogerie Zimmermann im Lütgendortmunder Ortskern schloss, war das nicht einfach eine Geschäftsschließung. Auch wenn die Drogerie mittlerweile von Tochter Henrike geleitet wurde, war es der Abschied eines ganz großen Lütgendortmunders, der die Identität des Stadtteils mitgeprägt hat, wie kein anderer.

Kaufmann, Veranstalter, Heimatforscher, treibende Kraft beim Stadtbezirksmarketing und liebevoller Unterstützer für mich in Lütgendortmund: mit Wilhelm Mohrenstecher verabschiedet sich ein echter Lütgenbömmler in den Ruhestand.

Ich kenne niemanden, dem Lütgendortmund so sehr am Herzen liegt und der sich für die Gemeinschaft im Stadtteil so verdient gemacht hat. In den letzten acht Jahren habe ich ihn sehr zu schätzen gewusst. Das wird auch in Zukunft so bleiben, denn eins weiß ich: ein Wilhelm Mohrenstecher geht nie so ganz. Dafür ist er zu sehr echter Lütgenbömmler!



Schöne Abende mit Erich Kästner, Butschkau and friends

Es fing mit einer Lesung im Haus Rode an. Im letzten Jahr lernte ich diesen großartigen Ort am Hörder Neumarkt kennen, der den Menschen im Quartier Woche für Woche ein reichhaltiges Programm mit Kultur und Gemeinschaft bietet. Die Hörder SPD-Ortsvereinsvorsitzende Monika Driesner-Görke und ich kamen auf die Idee, hier einmal eine Lesung bei Kaffee und Kuchen durchzuführen. Spontan fiel uns hierfür Erich Kästner ein, dessen Bücher so viele Menschen seit ihrer Kindheit begeistern.

An der Lesung im Haus Rode hatten wir so viel Spaß, dass wir schnell einer Meinung waren, dass man dieses Format wiederholen sollte. Und so tourten „Butschkau and friends“, zu denen neben Monika und mir in wechselnder Besetzung auch Leif Schmidt, Rolf Gemmecke, Volker Schulte-brauks und Michael Twardon gehören, mit der Lesung durch meinen Wahlkreis und waren bei der AWO in Eichlinghofen und Syburg, im Hörder Café Aufbruch und auf dem Schultenhof zu Gast.



Praktikum im Landtag

Zwei Wochen lang absolvierte Hendrik Dege ein Praktikum im Landtag. Bereits im letzten Jahr lernte der 16-jährige Schüler des Mallinckrodt-Gymnasiums bei einem Besuch mit seiner Schulklasse unser Landesparlament kennen. Daraufhin bewarb er sich bei mir für ein Schülerpraktikum.

In den zwei Wochen begleitete er mich zu vielen Terminen, z.B. im Rahmen meiner Sportvereinstour und zur Bürgersprechstunde in Lütgendortmund. Er lernte aber auch den Landtag kennen, besuchte dort eine Sitzung unserer Fraktion und die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen.



Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war



Die AWO-Kita Lumiland wurde 30 Jahre alt.



Das Präsidium der Unterbezirkskonferenz der SPD Frauen Dortmund.



Jahresempfang der AWO Westliches Westfalen



Schüler*innen der Marie-Reinders-Realschule in Hörde besuchten den Girls' and Boys' Day im Landtag.



Besuch des Frauenheims Wengern in Wetter.



Neues Lesefutter für die Bücherschränke in meinem Wahlkreis.



Die Lebenshilfe Dortmund zu Besuch im Landtag.



Die Lebenshilfe Dortmund zu Besuch im Landtag.



Sam Sonntag machte ein Tagespraktikum.



Lebenswert und sicher im Stadtteil. Rundgang mit der SPD Hörde.



Mit Ralf Stoltze in der Fraktionssitzung.



Nachbarschaftsfest der AWO Menglinghausen



Mach Dich stark mit uns! Auch in diesem Jahr ging es raus zum 1. Mai.



Klausur des SPD-Stadtbezirks Lütgendortmund/Marten



Jonna und ich hatten sichtlich Spaß beim Fotoshooting für meinen neuen Flyer.



Fußballturnier der Assistenzagentur der AWO Dortmund



Was ist Dein Lieblingssportverein? In diesem Jahr trug ich am „Trikot-Tag“ im Landtag das Trikot des SV Arminia Marten 08.





Barrierefreiheit auf dem Prüfstand: Mit Thorsten Speckmann erkundeten wir Hombruch.



Am Tag der Kinderbetreuung zu Gast in der AWO-Kita An der Witve in Barop.



In den letzten Monaten waren wieder viele Besuchergruppen zu Gast im Landtag.

Klasse 4a der Marienborn-Grundschule in Lütgendortmund.



Tagung der Assistenzen der Hauptgeschäftsführungen der Industrie- und Handelskammern.



Jahrgangsstufe 11 der Heinrich-Böll-Gesamtschule in Lütgendortmund.



Förderverein Steinwache / Internationales Rombergpark-Komitee



Jahrgangsstufe 9 des Steinbart-Gymnasiums in Duisburg.



Jahrgangsstufe 8 des Phoenix-Gymnasiums in Hörde.



Der Unterbezirk Dortmund war mit einer starken Delegation auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin.



Für die Gleichstellung queerer Menschen: Der Christopher Street Day erinnert an den Stonewall-Aufstand am 28. Juni 1969 in New York.



Mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Thorsten Klute war ich zum Austauschgespräch im Klinikum Dortmund.



Gedenken an die Widerstandskämpfer Hans Grüning, Wilhelm Knöchel, Fritz Husemann und Priester Wilhelm Oberhaus in Hombruch.



Am Tag der Pflege besuchte ich die Pflegeeinrichtungen der AWO in Dortmund.



Der Arbeitskreis Arbeit, Gesundheit und Soziales tauschte sich mit den NRW-Gehörlosenverbänden aus.



Der Arbeitskreis Gleichstellung und Frauen im Gespräch mit der Sekteninfo NRW.



Bürgersprechstunde vor Ort in der Echeloh-Siedlung in Kley



Gute Laune beim Sommerfest des Gartenvereins Crengeldanzgraben in Marten.



Die SPD-Landtagsfraktion unterstützte die protestierenden Kolleg*innen bei Ford in Köln.



Immer auf dem Laufenden bleiben!
WhatsApp-Kanal abonnieren!